

«ES IST MIR GELUNGEN, DIE GESPRÄCHSKULTUR IN DER ARMEE ZU VERBESSERN»

Interview mit Armeechef Philippe Rebord



Herr Korpskommandant, wie beurteilen Sie im Moment das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz?

Philippe Rebord: Die westlichen Staaten sind sich hinsichtlich der Bedrohungen, denen sie gegenüberstehen, relativ einig: Das Comeback der Machtpolitik ist auch in Europa spürbar. Dabei ist der Wiederaufstieg Russlands zentral. Es ist jedem klar, dass Wladimir Putin Machtpolitik betreibt. Er setzt die russische Armee im Sinne seiner Machtpolitik ein. Die Beispiele Georgien, Ukraine und Syrien haben dies gezeigt. Die NATO hat darauf reagiert, wie ich bei Besuchen in Brüssel feststelle. Der Ton hat sich in den letzten Monaten wirklich geändert. Praktisch alle NATO-Übungen finden heute wieder in Bezug auf Artikel 5 statt, es wird also die kollektive Verteidigung bei einem Angriff auf ein Bündnismitglied geübt. Die Schweiz kann an diesen Übungen nicht teilnehmen. Wir können so nicht von den in den Übungen gewonnenen Erfahrungen profitieren. Aus diesem Grund sind wir daran zu verhandeln, ob wir eine Art Beobachtungsrecht bei diesen NATO-Übungen erhalten können.

Welche weiteren Bedrohungen bereiten Ihnen Sorgen?

Die ganze Migrationsproblematik, die auch sicherheitsrelevante Aspekte aufweist. Das Thema treibt vor allem die Länder im Süden Europas um. Innerhalb der NATO ist eine Spaltung der Mitglieder deutlich spürbar.

Während die südlichen Länder sich auf die Situation im Süden konzentrieren, möchten die östlichen Bündnispartner, dass die NATO nur gegen Osten blickt.

Was sind weitere Bereiche?

Es wird Sie vielleicht auf den ersten Blick überraschen, aber mich als Chef der Schweizer Armee treibt auch die Klimaerwärmung um. Sie

«Mich als Chef der Schweizer Armee treibt auch die Klimaerwärmung um.»

führt zu vermehrten Naturkatastrophen. Ein Beispiel hierfür ist etwa der Felssturz von Bondo im letzten Jahr. Die Alpenregionen werden von solchen Katastrophen in Zukunft häufiger betroffen sein, und die nicht-alpinen Regionen werden ebenfalls Auswirkungen spüren, etwa im Zuge

grosser Überschwemmungen. In solchen Szenarien werden auch die Armeen häufiger bei subsidiären Hilfseinsätzen zum Einsatz kommen.

Ein weiterer Punkt, der mir Sorgen bereitet, ist die Cyberbedrohung. Diese betrifft nicht nur die Armeen, sondern etwa auch die Wirtschaft. Russland hat in den letzten Jahren starke Kapazitäten auf Stufe des Staates geschaffen, dasselbe gilt vermutlich auch für China.

Bis jetzt haben wir den Terrorismus noch gar nicht erwähnt...

Terroranschläge sind natürlich auch als Bedrohung zu nennen. Die westlichen Länder sind hier alle mit denselben Herausforderungen konfrontiert. Auch die Schweiz ist keine Insel. Wir sind in diesem Bereich quasi zur internationalen Kooperation gezwungen, weil die terroristische Bedrohung per se transnational beziehungsweise international ist.

Es gibt auch eine Krise westlicher Institutionen. Wie beurteilen Sie zurzeit den Zustand der NATO und der EU?

Für die Sicherheit in Europa sind beide Organisationen wichtig, die NATO und die EU. Die Schweiz ist bei beiden Institutionen nicht Mitglied. Den letzten NATO-Gipfel in Brüssel vom 11./12. Juni 2018 im Beisein des US-Präsidenten Donald Trump könnte man als Drama in acht Akten beschreiben. Ich glaube aber nicht, dass die Krise der NATO sehr gross ist. Die USA können sich nicht einfach von Europa lösen, da ansonsten ein strategisches Ungleichgewicht entsteht. Es ist

zudem zu begrüßen, dass die Verteidigungsbudgets in den europäischen NATO-Ländern erhöht werden. Die meisten NATO-Länder visieren bis 2025 das Ziel eines Verteidigungsbudgets in der Höhe von 2 Prozent des BIP an. Ich habe Ende Juli den Generalinspektor der Bundeswehr getroffen und würde behaupten, dass auch Deutschland sehr gelassen auf die Haltung von Präsident Trump reagiert. Deutschland fährt die Linie, nicht mehr als 1.5 Prozent des BIPs für die Verteidigung auszugeben und findet, damit genug beizusteuern. Was für mich allerdings neu ist, ist ein mutmasslicher Paradigmenwechsel: Die EU strengt sich an, stärker sicherheitspolitische und auch militärische Aufgaben selber zu übernehmen, und sich damit unabhängiger von der NATO zu machen. Frankreich und Deutschland werden, vor allem nach dem Brexit, vermehrt kooperieren.

Frankreich und Deutschland haben aber nicht unbedingt gemeinsame Interessen, wenn es um die Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht.

Deutschland schaut per se nach Osten, Frankreich per se nach Süden, aber die grösste Operation der Deutschen ist heute in Mali. Für die Amerikaner ist in der heutigen Konstellation Frankreich der Hauptansprechpartner, weil sie spüren, dass die Franzosen bereit sind, auch in schwierige Einsätze mit hohen Risiken zu gehen und den «*prix du sang*» zu zahlen. Bei vielen anderen Armeen spüren sie dies nicht. Trotz Trumps gelegentlichen rhetorischen Ausfällen bin ich der Ansicht, dass die Lage heute stabiler ist, als wir denken. Wenn die Lage stabil bleibt, ist dies gut für die Schweiz. Sollte sie eskalieren, wird dies auch massive Konsequenzen für die Schweiz haben. Sollten sich die Amerikaner aus Europa zurückziehen, würde die Lage in Europa ganz anders aussehen. Bislang profitiert auch die Sicherheitspolitik der Schweiz vom Schirm der NATO.

Die Schweiz ist weder NATO- noch EU-Mitglied. Was heisst das für die Kooperationsmöglichkeiten der Schweiz? Was kann mit internationalen Ansprechpartnern erreicht werden?

Alles, was zwischen Isolation und Integration ist, heisst Kooperation. Es ist deshalb die Intensität der Kooperation, die ausschlaggebend ist. Was die NATO betrifft, bin ich ein bisschen plakativ: Wir werden durch die NATO als wichtige Partnerin wahrgenommen vor allem, weil wir die

Swisscoy haben. Wir sind sehr aktiv in der «Partnerschaft für den Frieden» (PfP), die Bilanz der Schweiz dort lässt sich durchaus sehen. Die PfP hat aber insgesamt an Bedeutung verloren und wird im Moment zusätzlich auch aufgrund der angespannten Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei teilweise blockiert. Diese Probleme haben sich zuletzt noch verschärft.

In der NATO haben aber seit 2014 Artikel 5 und kollektive Bündnisverteidigung oberste Priorität...

Gewisse Länder konzentrieren sich auf Artikel 5 und erwarten, dass darum andere Länder ihre Kontingente in Friedensförderungseinsätzen ersetzen. Es verlassen denn auch viele Länder Kosovo, was indirekt dazu führt, dass die Rolle der Schweiz trotz der Reduzierung ihrer Bestände vor Ort von 235 auf 173 Armeeingehörige wächst. In gewissen Nischen leisten wir einen starken Beitrag.

Wie sieht der Zeithorizont für das Engagement im Kosovo aus? Die politische Unterstützung bröckelt ja zunehmend.

Das Parlament muss im kommenden Jahr über die nächste Periode für die Jahre 2020 bis 2023 befinden. Wenn das Engagement im Kosovo beendet werden sollte, behaupte ich, dass es mit den Schweizer Friedensförderungseinsätzen schwierig wird. Ich halte aber solche Einsätze grundsätzlich für wichtig, sie sind einer der drei Aufträge der Armee. Wir stellen deshalb gemeinsam mit dem EDA Überlegungen an, wie und wo künftige Einsätze in der Grösse der heutigen Swisscoy möglich sein könnten. Würden wir uns dann tatsächlich aus Kosovo zurückziehen, hätten wir dann möglicherweise andere Optionen in der Friedensförderung. Probleme bereitet uns aber, dass Friedensförderungsmissionen immer robustere Mandate erhalten. Das entspricht nicht dem Schweizer Profil. Es braucht auch aus diesem Grund einen sorgfältigen Prozess zur Definition einer möglichen neuen Mission. Auf jeden Fall müssen aber die Überlegungen für alternative künftige Friedensförderungseinsätze weitergeführt werden, und ich bin überzeugt, dass auch die Bundesräte Cassis und Parmelin hier Lösungen für die Zukunft finden. Nebenbei erwähnt: Sollte die Friedensförderung eingestellt werden, hätte dies Auswirkungen auch auf die Frauenförderung in der Armee.

Wie meinen Sie das?

Der Frauenanteil in der Schweizer Armee beträgt 0.7 Prozent. In Kosovo beträgt der Frauenanteil der Schweizer Truppen aber 19 Prozent. Die meisten Frauen, die in der Friedensförderung aktiv sind, haben keine Rekrutenschule besucht und waren vorher nicht im Militär. Wenn eine Frau ausgesucht wird, verpflichtet sie sich zu fünf Wochen militärischer Grundausbildung, zwei Monaten Einsatzvorbereitung und dann sechs Monaten im Einsatz. Bei den *Liaison and Monitoring Teams*, einer Art Aufklärung im Verbund mit der Bevölkerung, sind viele Frauen mit einem Masterabschluss aktiv. Sie leisten einen Einsatz von ungefähr 9 Monaten, vergleichbar mit einem Praktikum. Der Vorteil dieser Art von Praktikum: Es ist im Gegensatz zu vielen anderen bezahlt. Wir sind die einzige Armee, die bei diesen Aufklärungsarbeiten im Kosovo Frauen einsetzt. In einem muslimischen Staat wie dem Kosovo würde eine muslimische Frau nie mit einem männlichen Soldaten sprechen. Es heisst, dass unsere kleinen Kontingente rund 50 Prozent der Nachrichten zugunsten der KFOR sicherstellen. Und dies nur, weil Frauen im Einsatz sind. Sollte die Friedensförderung eingestellt werden, würde ein wichtiger Teil der Frauenförderung in der Armee wegfallen.

«Sollte die Friedensförderung eingestellt werden, würde ein wichtiger Teil der Frauenförderung in der Armee wegfallen.»

Was sind die wichtigsten ausländischen militärischen Kontakte der Schweiz?

Bilaterale Kontakte sind für die Schweiz zentral. Im Mittelpunkt stehen dabei zunächst die Nachbarländer. Erstens liegt in den Kontakten mit ihnen der Fokus auf der Luftwaffe. So ist etwa die Kooperation im Luftpolizeidienst im Grenzraum ein wichtiges Thema. Hier unterhalten wir starke Kooperationsabkommen. Zuletzt haben wir eines mit Österreich abgeschlossen – dieses wird im Herbst im Nationalrat und im österreichischen Parlament behandelt werden. Sollten es beide Parlamente absegnen, würde das noch keine Auswirkungen auf das nächste WEF haben, aber dann für das WEF 2020. Wir werden das WEF 2019 voraussichtlich mit derselben Ad-hoc-Zwischenlösung mit Österreich wie in diesem Jahr durchführen, und in diesem Jahr hat es besonders gut funktioniert. Zweitens ist der nachrichtendienstliche Austausch mit

den Nachbarstaaten wichtig. Drittens haben wir dann mit jedem Land ein anderes Schwergewichtsthema.

Zum Beispiel?

Mit allen Nachbarländern und auch mit der NATO arbeiten wir im Cyberbereich zusammen. Zudem kooperieren wir in der Ausbildung von Sondereinsatzkräften, weil wir gewisse Ausbildungsblöcke nicht in der Schweiz machen können, so etwa, wenn wir mit ausländischen Marinestreitkräften zusammenarbeiten. Andere Streitkräfte haben teilweise auch Fachwissen, von dem wir profitieren können. Ich war Ende Juli bei den deutschen Sondereinsatzkräften zu Besuch. Sie haben ein neues Ausbildungslager, das topmodern ausgerüstet ist. Die Deutschen sind diesbezüglich bereit, uns über den neuesten Stand zu informieren. Wir sind hingegen jene europäische Armee, die als erste einen Cyberlehrgang, quasi eine 40-wöchige Rekrutenschule, eingerichtet hat. An unseren Erfahrungen sind diverse Partner interessiert.

Wie schreitet die Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee (WEA) voran?

Die WEA ist Anfang 2018 gestartet, sie umfasst aber einen langen Umdenkprozess von 6 bis 7 Jahren. Sie erhält starke Unterstützung von politischer Seite, die Unterstützung des Parlaments ist sehr gut spürbar. Wir haben insgesamt gut begonnen. Für mich die grösste Neuerung ist die Wiedereinführung der Mobilmachung, welche von den Milizkadern sehr begrüsst wird. Schwierigkeiten bereitet uns, dass wir dabei auf keine früheren Erfahrungen mehr zurückgreifen können. Das heisst, wir müssen ganz von vorne beginnen. Dieses Jahr legen wir mit Blick auf die Mobilmachung einen Schwerpunkt auf die Miliz-Formationen mit hoher Bereitschaft. Alle anderen Formationen absolvieren eine Einstiegsübung, wo Schritt für Schritt die Mechanismen durchlaufen werden. Das ist keine Übung im eigentlichen Sinne.

Eine wichtige Neuerung ist, dass auch die Kader wieder eine komplette Rekrutenschule absolvieren.

Hier können wir bereits auf erste Erfahrungen zurückblicken, denn die Unteroffiziere der Frühlings-RS haben schon letztes Jahr ihre RS als Soldaten absolviert. Die Qualitätssteigerung bei den Unteroffizieren war markant spürbar. Sie kennen das Soldaten-Metier besser als ihre

Vorgänger. Zudem haben wir uns in der Ausbildung für ein Zurück zur Auftragstaktik entschieden. Wir wollen, dass die Milizkader wieder echte Führungserfahrungen sammeln. Das ist sehr motivierend für die jungen Kader. Die Kadervorschläge erteilen wir neu erst in der 15. RS-Woche – früher war dies in der siebten Woche der Fall. Wir haben nun mehr Zeit für die Sinnvermittlung, die in einer Milizarmee besonders wichtig ist. Die Vorgeschlagenen verstehen den Sinn und Zweck des Vorschlages nun besser. Die Auswirkungen konnten wir dieses Jahr sofort erkennen.

Die vollständige Ausrüstung der Formationen wird ebenfalls neu angestrebt. Momentan fehlen rund 10 Prozent der Grundausrüstung. Dieses Problem kann teils einfach gelöst werden: Wenn es in einer Rettungskompanie an Gummistiefeln fehlt, dann werden diese im Baumarkt besorgt und das Problem ist gelöst. In gewissen Waffengattungen fehlt es aber an Hauptsystemen. Zur Lösung dieses Problems gibt es zwei Varianten: Erstens, wir kaufen zusätzliches Material. Zweitens, wir warten auf den ordentlichen Ersatz dieses Hauptsystems, weil wir wissen, dass es in ein paar Jahren sowieso ersetzt wird. Diesbezüglich stehen wir in engstem Kontakt mit dem Parlament.

Ist die Reform insgesamt also gut gestartet?

Ja, weil die Miliz ihren Sinn und Zweck verstanden hat. Ich glaube, es ist mir gelungen, die Gesprächskultur in der Armee zu verbessern. Das heisst, alles wird breit diskutiert, bevor ein Entscheid getroffen wird. Es ist mir wichtig, meine direkten Untergebenen wirklich zu spüren. Auch aufgrund dieser neuen Gesprächskultur ist es uns gelungen, in der Milizarmee eine breite Zustimmung zugunsten der WEA sicherzustellen. Wenn die finanzielle Unterstützung der Armee durch das Parlament vorhanden ist, werden wir diese Armee weiterentwickeln. Dann werden wir in fünf Jahren eine Armee haben, die bis auf einige kleine Lücken vollständig ausgerüstet ist. Grund für diese Lücken ist die Tatsache, dass sich Material und Systeme zum Teil nicht mehr nachbeschaffen lassen. Mit der Wiedereinführung der Mobilmachung werden wir in der Lage sein, 35'000 Soldaten innerhalb von zehn Tagen zur Verfügung zu stellen. Wenn ich das mit dem deutschen Generalinspektor oder dem französischen Chef der Armee bespreche, dann sind sie sehr beeindruckt. Die

NATO gibt ihren Mitgliedern vor, dass sie in 30 Tagen 30 Bataillone, 30 Kriegsschiffe und 30 Flugzeugstaffeln bereitzustellen haben. Dieses Leistungsprofil der Armee ist also absolut valabel. Meine Botschaft an die Miliz ist seit 18 Monaten: Diskutieren wir nicht mehr, sondern setzen wir jetzt die Reform um. Ab 2023 können wir dann Bilanz ziehen. Die Einsatzbereitschaft der jungen Milizkader und -soldaten ist unglaublich. Ich bin seit 40 Jahren Offizier. Aber so eine Einstellung der Truppe habe ich ehrlich gesagt noch nie gesehen. Die junge Generation ist enorm leistungsbereit.

Was sind die hauptsächlichen Schwierigkeiten der WEA-Umsetzung?

Die Alimentierung gewisser Formationen. Es wird eine gewisse Zeit brauchen, bis wir überall genügend Spezialisten haben. Der Zivildienst ist zum Teil ein Problem, weil durch ihn die generelle Alimentierung der Armee in Frage gestellt wird. Wir brauchen 18'000 Ausexerzierte pro Jahr, aber 18'000, die dann in der Folge auch sämtliche Dienstage leisten. Wenn 40 Prozent der Zivildienstgesuche nach der Rekrutierung eingehen, dann haben wir ein Problem. Leider gibt es in der Schweiz die Tendenz, nur über die Quantität zu sprechen. Wir haben aber auch ein Qualitätsproblem. Wenn 52 Prozent der Zivildienstleistenden Informatiker, Studenten oder kaufmännische Angestellte sind, heisst das, dass gut ausgebildete Leute und gefragte Spezialisten im Zivildienst anzutreffen sind, quasi eine intellektuelle Elite. Oder anders gesagt: Wenn ein Spezialist in der RS ausgebildet wurde und dieser in der Folge nach zwei WKs die Armee verlässt, kann man ihn nicht einfach ersetzen. Es ist nun eine Gesetzesrevision im Gang, welche sieben Massnahmen umfasst. Der Gesamtbundesrat ist gewillt, die Bestände der Armee sicherzustellen. Das Massnahmenpaket sollte Wirkung zeigen, da es insbesondere den Übertritt nach dem Start der RS erschweren wird.

Was ist Ihre Sicht auf die Erneuerung der Grosswaffensysteme der Schweizer Armee?

Zur Erneuerung der Mittel der dritten Dimension, also der Kampfflugzeuge und der bodengestützten Luftverteidigungssysteme grösster Reichweite, hat sich der Bundesrat für ein 8-Milliarden-Projekt ausgesprochen. Dieses soll aus unserem Budget finanziert werden, es

beansprucht also keine zusätzlichen Mittel. Ich möchte das etwas ausführen: Im gleichen Zeitraum, in dem bis zu 8 Milliarden Franken für die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums fällig werden, also voraussichtlich 2023 bis 2032, müssen 7 Milliarden Franken für Beschaffungen via Rüstungsprogramme für die anderen Teile der Armee vorgesehen werden. Dies ist der Minimalbedarf; an sich wären Investitionen in der Grössenordnung von rund 10 Milliarden Franken nötig, um die in diesem Zeitraum ans Ende ihrer Nutzungsdauer gelangenden Boden- und Führungssysteme vollständig zu erneuern.

Bei einem Armeebudget von 5 Milliarden Franken pro Jahr steht rund 1 Milliarde Franken zur Verfügung, um durch Rüstungsprogramme erfolgte Beschaffungen zu bezahlen. Rund 3 Milliarden Franken werden für den Betrieb der

Armee benötigt, rund 1 Milliarde Franken für Immobilien, die Beschaffung von Munition, die Er-

«Wir wissen Ende 2018 nicht, was 2025 sein wird.»

gänzung und Erneuerung der Ausrüstung oder die erstmalige Beschaffung von Armeematerial von nachgeordneter finanzieller Bedeutung sowie Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung.

Über einen Zeitraum von zehn Jahren, also von 2023 bis 2032, stünden damit 10 Milliarden Franken verfügbare Finanzmittel einem Bedarf von 15 Milliarden Franken – konkret 8 für die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums, 7 für andere Teile der Armee – gegenüber. Der Bundesrat hat im November 2017 deshalb beschlossen, dass dem Zahlungsrahmen der Armee in den kommenden Jahren eine Wachstumsrate in der Grössenordnung von real 1,4 Prozent pro Jahr eingeräumt werden soll. Gleichzeitig soll die Armee den Aufwand für den Betrieb real stabilisieren, sodass der Ausgabenzuwachs grösstenteils für Rüstungsinvestitionen zur Verfügung steht. Ein solches Ausgabewachstum führt dazu, dass für den Zeitraum 2023 bis 2032 die benötigten rund 15 Milliarden Franken für die Finanzierung von Rüstungsprogrammen zur Verfügung stehen.

Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss einen Weg zur Lösung des Problems vorgezeichnet, wenn wir das in einem Zeithorizont bis 2035 betrachten. Anstatt zu jammern, sollten wir das meiner Meinung nach am besten einmal umsetzen.

Was bedeutet der technologische Wandel mit besonderem Blick auf Robotik und Drohnen für die Schweizer Armee derzeit?

Der neueste amerikanische Satellit wiegt drei Tonnen und ist sehr teuer. In zehn Jahren wird der gleiche Satellit weniger als eine Tonne wiegen und sehr viel weniger kosten. Diese Technologie wird dann auch eine Technologie für «die Armen» sein, wenn ich das so formulieren darf. Die Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung ist heute die grosse Herausforderung. Wir wissen Ende 2018 nicht, was 2025 sein wird. Wir haben uns in der Armeeführung dafür entschieden, unseren Masterplan weiterzuentwickeln, und in diesem Zusammenhang haben wir 10 bis 20 Prozent des Rüstungsbeschaffungsbudgets unter dem Begriff «Innovation» reserviert. Dies soll uns ermöglichen, schnell zu reagieren. Wir haben den *Masterplan 18* konzipiert und arbeiten nun am *Masterplan 19*. Wir haben zudem eine fähigkeitsorientierte Streitkräfteentwicklung der Armee mit einem *Zielbild 2030* erarbeitet. Dieses wird diesen Herbst in den sicherheitspolitischen Kommissionen vorgestellt. Der Expertenbericht Boden – den wir analog zum Expertenbericht Luft erarbeiten – wird Ende Januar 2019 fertig geschrieben.

Herr Korpskommandant, recht herzlichen Dank für dieses sehr interessante Gespräch.

Das Interview führten Oliver Thränert und Andreas Wenger am 27. Juli 2018 im Büro des Chefs der Armee in Bern.